

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1910/2015
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 09.11.2015	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	26.11.2015	Ö

Betreff:
Sachstandsbericht zu Antrag 1255/2015 SPD, Ortsbeiratsfraktion Mainz-Lerchenberg;
hier: Baurecht für P+R-Platz

Mainz, 11.11.2015

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der **Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachstandsbericht:

Die Verkehrsverwaltung steht dem Ansinnen, einen P+R-Platz an der Strecke der Mainzelbahn zu schaffen, positiv gegenüber. Gerade im Bereich des Korridors der L 426 in Richtung Westen steht im Gegensatz zu anderen Achsen in Richtung Stadtzentrum keine leistungsfähige Bahntrasse zur Verfügung, die geeignet wäre, Pendler bereits sehr wohnortnah zum Umsteigen in öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren.

Um für Pendler den Umstieg auf die Straßenbahn attraktiv zu gestalten, sind möglichst kurze Wege zwischen dem P+R-Platz und der Haltestelle anzustreben. Im Bereich Lerchenberg eignet sich die Haltestelle Hindemithstraße grundsätzlich nicht für ein P+R-Konzept, da im Umfeld keine Flächen für eine derartige Anlage vorhanden sind. Im Umfeld der Haltestelle Brucknerstraße schließt sich zwar eine freie Fläche („Spargelacker“) an, doch um diesen zu erreichen, würde der Pendlerverkehr erheblich in den bewohnten Lerchenberger Ortsteil hineingezogen.

Wesentlich verträglicher (und von der L 426 auch auf kürzerem Weg zu erreichen) wäre eine P+R-Anlage im Umfeld der Haltestelle „Erich-Dombrowski-Weg“. Die Überlegungen für einen geeigneten Standort konzentrierten sich von daher auf den Bereich rund um das Baugebiet Ma 30.

Bei näherer Betrachtung stellte sich jedoch heraus, dass alle unbebauten Flächen entweder für

eine Bebauung vorgesehen sind oder anderweitig nicht verfügbar sind (landwirtschaftliche Flächen, LEF-Flächen). Die einzige denkbare Fläche liegt jedoch fußläufig zu weit abseits zur Haltestelle.

Die Verwaltung hat daraufhin einen anderen Lösungsansatz in Betracht gezogen. Nördlich und östlich der Haltestelle befinden sich umfangreiche ebenerdige Parkplatzflächen, bei denen mit einer Überbauung, z.B. durch ein Parkdeck neue Kapazitäten ohne Flächenneuversiegelung geschaffen werden könnten. Hierzu hat es mit einem der Grundstückseigentümer erste positiv verlaufene Sondierungsgespräche gegeben.

Die Verwaltung plant, diese Option in einer Machbarkeitsstudie untersuchen zu lassen. Sollte sich hieraus technisch und finanziell eine Realisierungsfähigkeit ergeben, wäre die Einleitung eines Baurechtsverfahrens voraussichtlich entbehrlich, da die Flächen gemäß ihrer derzeitigen Bestimmung weitergenutzt würden.

Die Verwaltung wird den Ortsbeirat über die weiteren Entwicklungen in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden halten.